



POSTANSCHRIFT Postfach 394, 4021 Linz

Oberösterreich 5. – 18. März 2024

Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Verfassungsdienst
Bahnhofplatz 1
4021 Linz

ANSCHRIFT Volksgartenstraße 40
4020 Linz
TEL +43(0)50 6906-2428
FAX +43(0)50 6906-62428
UNSER ZEICHEN WSG-SP/DTOE
BEARBEITER/IN Dr. Dennis Tamesberger
Mag. Dominik Freynhofer
DATUM 19. Jänner 2024
Verf-2022-255692/54-Pf

Zweites Oö. Digitalisierungsgesetz

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Arbeiterkammer Oberösterreich bedankt sich für die Einladung zur Stellungnahme zum zweiten Oö. Digitalisierungsgesetz.

Mit dem vorliegenden Entwurf will der Gesetzgeber die landesrechtlichen Bestimmungen „digitaltauglich“ machen. Als wesentliche Punkte dieses Gesetzentwurfs sind anzuführen:

- Veröffentlichung bestimmter Inhalte primär im Internet;
- elektronische Einbringung und Bereinigung von Vorlagepflichten von Nachweisen;
- gesetzliche Legitimation automationsunterstützter Abfragen von Datenbanken und Registern;
- Verankerung des Register- und Systemverbunds;
- Technologieneutralität sowie
- digitale Dienstaussweise.

Im vorliegenden Landesgesetz liegt der Fokus insbesondere auf den landesrechtlichen Bestimmungen in den Lebensbereichen Agrar und Forst, Wirtschaft, Verkehr, Förderungen im Allgemeinen und Ehrungen.

Im Sinn der Bürgerorientierung und der Verwaltungsvereinfachungen sind die Maßnahmen nachvollziehbar und sinnvoll.

Die Arbeiterkammer OÖ sieht jedoch den neuen § 26a des Oö. Auskunftspflicht-, Datenschutz- und Informationsweiterverwendungsgesetz kritisch. Demnach soll dem Land OÖ und den Gemeinden eine Berechtigung zur Datenverarbeitung (Identitätsdaten, Adress- und Kontaktdaten) zur Förderung politischer Mitwirkung erteilt werden. Diese Bestimmung geht unseres Erachtens zu weit bzw.

**KAMMER FÜR ARBEITER
UND ANGESTELLTE
FÜR OBERÖSTERREICH**

DVR 0077747

BANKVERBINDUNG IBAN AT73 1400 0466 1066 0010
BIC BAWAATWW

ist sie zu offen formuliert bzw. nicht konkret genug definiert, was vom Zweck „Förderung politischer Mitwirkung“ alles umfasst wird. Da es sich dabei um personenbezogenen Daten handelt, ist hier äußerste Sensibilität gefragt.

Wir bitten daher unsere Bedenken zu berücksichtigen und die politische Mitwirkung zu konkretisieren.

Mit freundlichen Grüßen

Andrea Heimberger, MSc
AK-Direktorin

i. V.



Mag. Ernst Stummer, LL.M.
Stellvertretender Direktor

Andreas Stangl
AK-Präsident

